

NEWSLETTER

AUSGABE JANUAR





LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN

zunächst einmal vielen Dank für die vielen Mails die ihr mir im Vorfeld zum Außerordentlichen Bundesparteitag und zum Sondierungspapier gemailt habt.

Alle haben sich sehr viele Gedanken gemacht und mir diese auch mit großer Ausführlichkeit mitgeteilt. Ich habe alle gelesen und freue mich, dass wir gemeinsam darum ringen, den besten Weg für unsere SPD zu finden. Bitte habt Verständnis, dass ich nicht jedem antworten kann, es waren einfach zu viele Reaktionen.

Euer **Stimmungsbild** war mehrheitlich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Vielen geht es ähnlich wie mir: es ist eine Entscheidung zwischen Bauch und Kopf. Der Bauch sagt Nein zur Fortführung einer Großen Koalition und der Kopf sagt Ja.

Ich habe auf dem Parteitag in Bonn mit Ja gestimmt und möchte dies auch gerne begründen. Das **Sondierungspapier** hat mich anfangs wirklich nicht überzeugt. Es fehlt eine große Rentenreform und das große und auch schwierige Thema Integration ist kaum vorhanden. Für mich war eine Minderheitsregierung eher ein erstrebenswertes Ziel.

In der letzten Woche haben mich aber viele Gespräche, u.a. auch mit unserem Generalsekretär Lars Klingbeil, überzeugt, dass eine **Minderheitsregierung** definitiv nicht kommen wird. Angela Merkel wird sich dem nicht aussetzen. Jetzt meinen einige, dass Martin Schulz sich ja wählen lassen könne. Hierbei muss man aber bedenken, dass es eine klare rechte Mehrheit von CDU/CSU, FDP und AfD im Bundestag gibt.

In aller Munde sind **Neuwahlen**. Hierzu muss man aber wissen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die SPD abstürzt und die AfD zulegt, sehr hoch ist. Was also würden wir gewinnen? Die Mehrheitsverhältnisse und damit die **Koalitionsoptionen** blieben gleich. Die FDP schließt Jamaika auch nach Neuwahlen aus. Dann doch GroKo? Die SPD wäre damit in den Augen unserer BürgerInnen komplett unten durch.

Und mit was und wem gehen wir in Neuwahlen? Auch wenn wir einen anderen **Spitzenkandidaten** hätten, bliebe unser Programm ja dasselbe. Und genau hier liegt das Problem. Das Sondierungspapier und der eventuelle Koalitionsvertrag haben nahezu 80% Deckung unseres **Wahlprogrammes** – dies können wir jetzt umsetzen. Wollen wir den Wählern dann ernsthaft erzählen, dass wir unsere Inhalte mit Neuwahlen erneut „verkaufen“ wenn wir sie doch hätten tatsächlich umsetzen können? Entscheidet bitte selber wie unglaublich das ist.

Das **Sondierungspapier** erschließt sich tatsächlich erst nach einem zweiten Blick. Mich haben sehr die positiven Rückmeldungen der Gewerkschaften aber auch aus den sozialen Bereichen sehr überrascht.

Werden diese Vorhaben tatsächlich umgesetzt, bringt es für viele Menschen Verbesserungen und ich sehe nicht, dass wir das Recht haben, dies im Interesse der BürgerInnen nicht umzusetzen.

Ich habe Euch in der Anlage ein sehr gutes Papier der **Bundes-SGK** beigelegt, welches die relevanten Punkte herausstellt.

Zusammengefasst an dieser Stelle nur einige wenige Punkte:

- Es gibt Entlastungen bei Steuern und Abgaben, gerade bei kleineren und mittleren Einkommen. Die Gesamtentlastung liegt bei 10 Mrd. Euro und ist 1 zu 1 die Umsetzung des SPD Steuerkonzeptes.
- Es wird einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt geben und der in Baden Württemberg positiv erprobte Passiv-Aktiv Tausch wird bundesweit umgesetzt. Damit erreichen wir vor allem Menschen, die jahrelang arbeitslos waren. Es wird ein Recht auf Weiterbildungsberatung geben und für mich ganz wichtig: Tarifverträge in der Altenpflege kommen flächendeckend, das verbessert die Bezahlung vieler Altenpfleger und ist eine langjährige Forderung der SPD.

- Das **Kooperationsverbot** wird endlich aufgehoben und damit der bundesweite bildungspolitische Flickenteppich. Nach Gerhard Schröders Programm zum Ganztagschulausbau wird endlich bundesweit in die Bildungsinfrastruktur investiert und mit einem **Nationalen Bildungsrat** können bundesweite Standards festgelegt werden. Grundschulen sollen verlässliche Ganztageschulen werden mit einem Rechtsanspruch. Damit entlasten wir viele Eltern die gerade auch in BaWü nach Ganztageskita vor dem Problem der Halbtageschule stehen.
- Eine Grundrente für langjährig **Versicherte** ist ebenfalls ein Erfolg der SPD. Diese wird 10% über der Grundsicherung liegen und bedeutet bares Geld für viele Menschen. Durch die Erhöhung des **Kindergeldes** und der **Kinderfreibeträge** werden Familien mit insgesamt 5,6 Mrd Euro entlastet.

Unser Wahlergebnis lässt eine **100% Umsetzung** nicht zu, da müssen wir realistisch sein und auch der CDU und der CSU zugestehen, ihnen wichtige Themen umzusetzen die uns vielleicht nicht gefallen. Wer das nicht akzeptiert, muss auf die alleinige und absolute Mehrheit der SPD bei Wahlen hoffen, das bleibt vorerst aber Utopie.

Fazit:

Der Politikwissenschaftler und Leiter der Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung, Michael Wehner, hat in seiner Bewertung folgendes festgestellt:

„Unabhängig vom Parteitagsergebnis ist festzuhalten, dass für eine 20%-Partei viel sozialdemokratische Politik in einem GroKo-Koalitionsvertrag umgesetzt werden könnte und Koalitionsverhandlungen ja noch nicht einmal begonnen haben. Es wäre töricht gewesen, wenn die SPD sich diese Chance hätte entgehen lassen“.

Dem ist nur noch eines hinzuzufügen: Wir haben auf dem Parteitag eine Sternstunde **innerparteilicher Demokratie** erlebt. Sowohl die Gegner wie auch die Befürworter gingen mit großem Respekt miteinander um. Daher mein Appell: Wenn wir zusammenhalten und diese Chance auf gute **sozialdemokratische Politik** nutzen und diese auch gut verkaufen, haben wir 2021 eine gute Ausgangslage. Klar ist aber auch, dass der Erneuerungsprozess auch in einer GroKo in der Partei weitergehen muss!

Sabine Wölfe

BILDUNG

CDU disqualifiziert sich mit ihrem angestaubten Bildungsverständnis

Aus meiner Sicht disqualifiziert sich die Südwest-CDU mit plumpen Forderungen nach mehr Frontalunterricht, mehr Disziplin und mehr Kontrolle selbst für jede konstruktive, an Ergebnissen orientierte Bildungsdebatte. Das ist ein absolut verstaubtes Bildungsverständnis.



Die Ergebnisse in den Schulvergleichsstudien zeigen vor allem, dass Baden-Württemberg noch keine ausreichenden Antworten auf die wachsende Heterogenität in Klassenzimmern gefunden hat. Wir brauchen mehr individuelle Förderung, um den unterschiedlichen Bedürfnissen und Lernständen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Der Einsatz digitaler Medien bietet beispielsweise großes Potential für eine passgenaue Förderung der Kinder und müsse daher weiter erprobt werden.

Der Vorstoß des CDU-Generalsekretärs Manuel Hagel ist reine Klientelpolitik ohne den wirklichen Anspruch, die Situation an den Schulen zu verbessern: Auf wachsende Verschiedenheit mit Frontalunterricht zu antworten, macht aber nicht mal nach dem dritten Bier am CDU-Stammtisch Sinn. Die Schulen dürften keiner Politik ausgeliefert werden, die sich an einfachen Parolen und dem schnellen Applaus orientiert. Meiner Meinung nach brauchen wir einen fachlichen Austausch darüber, wie die Qualität und Leistung an unseren Schulen verbessert werden kann, deswegen fordere ich mit der SPD-Fraktion eine Enquete-Kommission zur frühkindlichen Bildung und Grundschulen.



BildungsMUT

Weil Schule mehr kann

Der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion hat in diesem Jahr die Kampagne „BildungsMUT – weil Schule mehr kann“ gestartet.

Die Kernbotschaft der Kampagne ist, dass Schulen wieder zu mehr fähig sein müssen als es ihnen ihr momentaner Handlungsspielraum erlaubt. Unter der grün-schwarzen Landesregierung droht Schule zu einer reinen Mangelverwaltung zu werden.

Nachdem sich zahlreiche Ortsvereinsvorsitzende mit Terminwünschen auf den Kampagnenaufwurf zurückgemeldet haben, habe ich angeboten, das Team der Bildungskampagne zur unterstützen. Als ehemaliges Mitglied des Bildungsausschusses liegt mir das Thema immer noch besonders am Herzen.

Bei der Kampagne werden Bildungseinrichtungen im ganzen Land besucht. Dabei steht der Austausch im Mittelpunkt. Ich möchte mir durch Gespräche mit Expertinnen und Experten der lokalen Bildungslandschaft ein Bild von der Situation in den Städten, Gemeinden und Landkreisen machen und unsere Ideen für eine gute Bildungspolitik in öffentlichen Veranstaltungen vorstellen und diskutieren.



#WeilSchuleMehrKann

MISSBRAUCH

Kinderschutzkonzept

Der fürchterliche Fall von Kindesmissbrauch in Staufen, über welchen in den letzten Tage ausführlich berichtet wurde, hat uns erneut gezeigt, dass Kindeswohl vor Elternrecht gehen muss.



Vor ein paar Jahren gab es im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald den tragischen Todesfall des kleinen Alessio. Das Jugendamt geriet in den Fokus und man sprach vor erheblichen Versäumnissen.

Auf die Situation des kleinen Jungen hatten u.a. auch Ärzte hingewiesen, es geschah jedoch nichts. Der Sozialausschuss des Landtags hat sich damals noch unter Regierungsverantwortung Grün-Rot, intensiv mit dem Fall befasst und es wurde ein Konzept zur praxisorientierten Weiterentwicklung der Kinderschutzverfahren in Baden-Württemberg erarbeitet.

Dieses Konzept wurde im Januar im Sozialausschuss vorgestellt und ich hatte im Vorfeld Minister Lucha gebeten, nichtöffentlich im Sozialausschuss zu den

aktuellen Fällen in Staufen und Laufenburg zu berichten. Es wurde klar, dass das Konzept damit schon wieder neue Aspekte aufgreifen muss. Die Unvorstellbarkeit des Falles zeigte, dass es zu einfach ist, Gerichten, Jugendämtern und Sozialarbeitern etwas vorzulügen. Bewährungsaufgaben eines Sexualstraftäters überwachte niemand und das Gericht schickte das Kind zu seinen Peinigern zurück. Im Sozialausschuss habe ich angeregt, die bereits im Konzept gut aufgearbeiteten Punkte noch um das Thema Präventionsketten „Kita-Schule-Vereine“ zu ergänzen.

Baden-Württemberg hat unter Grün-Rot die Kinderrechte in die Landesverfassung aufgenommen. Die langjährige Forderung der Bundes SPD, diese auch ins Grundgesetz zu schreiben, ist richtig und wichtiger denn je. Damit einhergehend müssen Kinderschutzkonzepte bundesweit ausgeweitet und umgesetzt werden und das auf der Grundlage, dass die Jugendämter mit ausreichend personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden, um frühzeitig Hilfe für Kinder in akuten sozialen Krisen und Situationen zu ermöglichen. Der Schutz der Kinder geht vor das Fürsorgerecht der Eltern.

FAMILIENNACHZUG

Wie geht 's weiter?

Neben der Obergrenze für Flüchtlinge zählt der Familiennachzug zu den Punkten, die in den Sondierungsgesprächen zwischen SPD, CDU und CSU am heftigsten diskutiert wurden und die auch vor den anstehenden Koalitionsverhandlungen nach wie vor strittig sind.



Im Sondierungspapier hatte man sich darauf verständigt, dass jährlich höchstens zwischen 180.000 und 220.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen dürfen. Der Nachzug von Familienangehörigen soll auf höchstens 1.000 Personen monatlich begrenzt sein.

Der Familiennachzug betrifft all jene Flüchtlinge, die nicht aufgrund von Artikel 16 Grundgesetz oder die UN-Flüchtlingskonvention anerkannt wurden und daher lediglich „subsidiären“ – also nur vorübergehenden - Schutz haben. Sie

dürfen bleiben, weil sie bei der Abschiebung im Heimatland ernsthaft an Leib und Leben bedroht wären. Das gilt für die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Seit 2015 konnten zunächst auch subsidiär Geschützte ihre Kernfamilie (Ehepartner und minderjährige Kinder) nachkommen lassen.

Diese Regelung wurde jedoch im März 2016 für zwei Jahre ausgesetzt, nachdem die Zahl der ankommenden Flüchtlinge in Deutschland stark angestiegen war. Seither warten viele Flüchtlinge ungeduldig auf den

16. März 2018, den Tag, an dem die Nachzugsbeschränkung für ihre Angehörigen endet. Bis dahin sind es nur noch wenige Wochen, und bis dato gibt es nur eine geschäftsführende Regierung und den Kompromiss des Sondierungspapiers, der aus Sicht der SPD insbesondere bei den brennenden Fragen der Migrations- und Flüchtlingspolitik nicht das Ende sein kann.

Diese Meinung teile ich ausdrücklich. Der Familiennachzug ist auch für Geflüchtete mit befristetem Schutz nach wie vor notwendig und richtig. Zum einen; weil niemand weiß, bis wann die Verhältnisse etwa in Syrien wieder so sein werden, dass Menschen gefahrlos dorthin zurückkehren und sich am Wiederaufbau beteiligen können. Dies bedeutet zugleich, dass Geflüchtete auf unabsehbare Zeit in Deutschland sein werden – und dies in ständiger Furcht um ihre Angehörigen in der zerbombten Heimat oder in einem Flüchtlingscamp.

Trennung von der Familie, eine ungesicherte Bleibeperspektive, Angst und Stress – dies alles sind Faktoren, die die Integration nicht fördern, sondern hemmen. Dies hat jetzt eindrucksvoll [eine wissenschaftliche Studie](#) der Zürcher Fachhochschule (Institut für Delinquenz und Kriminalprävention) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ergeben. Im Rahmen seiner Untersuchungen zur Entwicklung von Jugend-Gewalt in Deutschland konnte Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Mitautor, Kriminologe und ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) nachweisen, dass

junge männliche Flüchtlinge, die ohne Partnerinnen, Mutter, Schwestern oder andere weibliche Begleitpersonen in Deutschland leben, eher Gefahr laufen, als Täter (und Opfer) in Gewalttaten verwickelt zu werden, wie junge Männer, die familiär eingebunden sind.

Ohne diese Anbindung, so der Fachmann, „können sich so eher Gruppierungen von jungen Männern entwickeln, die eine gewaltorientierte Eigendynamik entfalten. Die Forderung nach einem Familiennachzug findet hier ihre kriminologische Begründung“, so Pfeiffer [zusammenfassend](#). Bis die neue Bundesregierung steht, wollen CDU und CSU den Familiennachzug weiterhin aussetzen.

Den entsprechenden Gesetzentwurf hat der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung beraten. Eine gesetzliche Neuregelung soll bis zum 31. Juli 2018 erarbeitet werden. Ich hoffe sehr, dass bis dahin auch die Panikmache beim Thema Familiennachzug ein Ende hat. Wie der leitende Migrationsforscher der Bundesagentur für Arbeit und Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Bamberg, Dr. Herbert Brückner, am 24. Januar im Morgenmagazin mitteilte, kämen bei einer Reaktivierung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Flüchtlinge rund 50.000 bis 60.000 Menschen nach Deutschland. Dies hat seine repräsentative Befragung unter Flüchtlingen ergeben. An diesen belastbaren Zahlen kommen auch politische Hardliner nicht vorbei.

AUSGABE JANUAR



WAHLKREIS

Aktuelles



BRUDER-KLAUS KRANKENHAUS

RKK verkauft Krankenhaus

Um größere Krankenhäuser zu retten, möchte der Regionalverband kirchlicher Krankenhäuser (RKK) das Bruder-Klaus-Krankenhaus in Waldkirch verkaufen. Das Defizit sei mittlerweile so groß, dass der RKK die Kosten nicht mehr stemmen kann.

Krankenhäuser werden in Deutschland dual finanziert. Der Bund kommt für die Betriebskosten auf (diese werden vorwiegend über die von den Krankenkassen zu zahlenden Entgelte finanziert) und das Land übernimmt die Investitionskosten. Als wir nun 2011 von der Oppositionsbank in die Regierung wechselten, sahen wir uns mit einem enormen Investitionsstau konfrontiert. Wir haben dann in unserer Verantwortung für das Sozialministerium die Fördermittel erheblich erhöht; von vormals 337 Millionen Euro auf 437 Millionen Euro für 2015 und 455 Millionen Euro für 2016. Das ergibt eine Steigerung von 35 %. Damit haben wir nahezu eine Milliarde Euro in unsere Krankenhäuser investiert.

Das von Sozialminister Lucha abgesenkte Förderniveau führt dazu, dass kleine Krankenhäuser zugunsten großer Häuser schließen müssen, diesen größeren Einrichtungen jedoch keine zusätzlichen Investitionsmittel zur Verfügung stehen.

Nichtsdestotrotz befürworten wir als Fraktion die Konzentration von

medizinischen Einrichtungen unter der Prämisse, dass weiterhin eine flächendeckende Grundversorgung mit Krankenhäusern (Innere Medizin und Chirurgie sowie eine Basisnotfallversorgung für diese beiden Disziplinen rund um die Uhr) gewährleistet ist.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Änderungsantrag zu dem Entwurf der Regierungsparteien eingebracht, welcher keine Kürzungen bei den Krankenhäusern gegenüber dem von uns erreichten Förderniveau aus 2016 von 455 Millionen Euro pro Jahr und zusätzlich 100 Millionen Euro für ein zweijähriges Sofortprogramm zur Digitalisierung unserer Krankenhäuser vorsah. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Auch mein grüner Wahlkreiskollege Schoch hat gegen unseren Antrag gestimmt. Zukunftsfähige und gut ausgestattete Krankenhäuser scheinen wohl kein Kernanliegen der grün-schwarzen Landesregierung zu sein.

GRUNDSCHULEN

Unterrichtsversorgung

Im vergangenen Jahr waren viele LehrerInnen und Eltern an mich herangetreten, um mich auf den zunehmenden Unterrichtsausfall - vor allem im Grundschulbereich - aufmerksam zu machen.

Im Dezember reichte ich daher eine parlamentarische Anfrage zum Thema Unterrichtsversorgung im Landkreis Emmendingen ein und wurde von dem Ergebnis überrascht. Während mir Schulleiter in zahlreichen persönlichen Gesprächen berichteten, dass sie Probleme damit hätten, alle Klassen und Fächer mit entsprechenden Stunden abzudecken, sieht das Land hier anscheinend keinen Handlungsbedarf. Ich habe deshalb Eltern, Lehrer und Schüler in einer Pressemitteilung dazu aufgefordert, Unterrichtsausfälle bei mir im Büro zu melden.

Der deutliche Anstieg der baden-württembergischen Unterrichtsausfallzahlen ist unter anderem auf den Abbau von über 1000 Lehrerstellen zurückzuführen. Die Verschlechterung der Unterrichtsversorgung wurde von unserer Kultusministerin sehenden Auges in Kauf genommen, trotz steigender Schülerzahlen und mehr Aufgaben für die Lehrerinnen und Lehrer.

Vor allem an Grundschulen leisten die engagierten Pädagoginnen und

Pädagogen deutlich mehr, als man ihnen abverlangen kann und darf. Es besteht, angesichts von neuen Herausforderungen wie sinkende Schülerleistungen, Integration junger Geflüchteter, Inklusion förderbedürftiger Kinder sowie der Prognose zu steigenden Geburtenraten akuter Handlungsbedarf. Aus diesem Grund haben wir als SPD-Landtagsfraktion ein Konzept zur Weiterentwicklung und Unterstützung unserer Grundschulen entwickelt.

Durch die Rücknahme von Stellenstreichungen, dem Ausbau von Studienkapazitäten und die Nutzung von Potentialen auf dem Arbeitsmarkt wollen wir dauerhaft die Unterrichtsversorgung sicherstellen. Um gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Schulpraxis an nachhaltigen Verbesserungen zu arbeiten, fordern wir die Einrichtung einer Enquete-Kommission zu frühkindlicher Bildung und Grundschulen. Neben Poolstunden für individuelle Förderung wollen wir ein landesweites Leseförder-

programms für alle Schülerinnen und Schülern.

Auch bei der Integration junger Geflüchteter soll nachjustiert werden. Wir wollen einen Ausbau der Stunden für Vorbereitungsklassen und eine rhythmisierte Ganztageschule, um die Potentiale für mehr Bildungsqualität und -gerechtigkeit besser nutzen zu können. Um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu bekommen, wollen wir die Position der Schulleitungen stärken.

Auch wenn die Unterrichtsversorgung bei uns im Landkreis (noch) gewährleistet werden kann, muss die Landesregierung in vielen Punkten endlich handeln. Wir können es uns nicht leisten, die Bildung und damit unsere wichtigste Ressource in Baden-Württemberg zu vernachlässigen. [Hier](#) findet ihr unseren acht-Punkte-Plan für starke Grundschulen.

FEEDBACK



Wir wollen den Newsletter kontinuierlich verbessern und freuen uns immer über konstruktives Feedback an wacker@wahlkreisbuero-woelfle.de